



Protokollauszug aus der 30. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 25.11.2020

öffentlich

**Top 4.2 Resolution an den Landtag Brandenburg zur Abschaffung der Erschließungsbeiträge
20/SVV/1028
abgelehnt**

Zu diesem Antrag besteht kein Redebedarf, so dass dieser zur Abstimmung gestellt wird:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam fordert den Landtag Brandenburg auf, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, das Recht der Erschließungsbeiträge (§§ 127-135 BauGB) unter Anwendung der durch Art. 125a Abs. 1 GG gegebenen Möglichkeit durch Landesrecht zu ersetzen. In der sodann zu schaffenden landesgesetzlichen Bestimmung soll geregelt werden, dass Beiträge für die erstmalige Herstellung von dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen nicht erhoben werden.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,
bei einigen Stimmenthaltungen.